Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8016
01. 10. 90

Sachgebiet 310

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen

A. Zielsetzung

Die Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen sind zuletzt mit Wirkung vom 1. April 1984 angehoben worden. Die seither eingetretene wirtschaftliche Entwicklung sowie der starke Anstieg der Leistungen der Sozialhilfe haben dazu geführt, daß die Pfändungsfreigrenzen hinter den Sozialhilfesätzen zurückgeblieben sind. Demgemäß ist zu beobachten, daß Schuldner mit geringem Arbeitseinkommen zum Ausgleich auf Sozialhilfe angewiesen sind und die Allgemeinheit dadurch letztlich für private Schulden einzustehen hat. Dieser Entwicklung muß in einer Weise begegnet werden, die den Schuldnern einerseits auch ohne die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen ein menschenwürdiges Leben beläßt, die jedoch andererseits die Sozialhilfeträger dauerhaft entlastet.

B. Lösung

Die in der Zivilprozeßordnung zahlenmäßig festgesetzten Beträge, die für die Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens maßgebend sind, werden neu festgesetzt. Die Tabelle — Anlage 2 (zu § 850 c) der Zivilprozeßordnung —, welche die pfändbaren Beträge ausweist, wird neu gefaßt. Mit einer zusätzlichen Änderung des § 850 f Abs. 1 ZPO soll gewährleistet werden, daß zukünftig ein Zurückbleiben der Pfändungsfreigrenzen hinter dem Sozialhilfebedarf des Schuldners verhindert werden kann.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Änderungen werden für Bund, Länder und Gemeinden keine wesentlichen zusätzlichen Kosten verursachen. Mit gewissen Vollstreckungsausfällen der öffentlichen Hand durch die Anhebung der Pfändungsfreigrenzen muß gerechnet werden. Dagegen ist eine dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger zu erwarten. Durch Einschränkung der bestehenden Pfändungsrahmen entstehen für die betroffene Wirtschaft kurzfristig höhere betriebliche Belastungen durch Ausfälle; sie wird versuchen, diese je nach Wettbewerbslage durch Preiserhöhungen zu überwälzen. Deren Umfang läßt sich im Vorhinein nicht quantifizieren; er dürfte im wesentlichen aber auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Deswegen werden keine meßbaren Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, erwartet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (331) — 400 10 — Pf 4/90

Bonn, den 1. Oktober 1990

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 619. Sitzung am 21. September 1990 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für besondere Aufgaben

Klein

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung der Zivilprozeßordnung

Die Zivilprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-4 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch ...

wird wie folgt geändert:

1. In § 850a Nr. 4 wird der Betrag „470 Deutsche Mark" auf „540 Deutsche Mark" erhöht.
2. In § 850b Abs. 1 Nr. 4 wird der Betrag „3 600 Deutsche Mark" auf „4 140 Deutsche Mark" erhöht.
3. In § 850c werden folgende Beträge erhöht:

   a) In Absatz 1 werden die in Deutscher Mark angegebenen Beträge wie folgt erhöht:

      aa) In Satz 1

      von 754 auf 1209,
      von 174 auf 279,
      von 34,80 auf 55,80.

      bb) In Satz 2

      von 2028 auf 2834,
      von 468 auf 654,
      von 93,60 auf 130,80,
      von 338 auf 429,
      von 78 auf 99,
      von 15,60 auf 19,80,
      von 234 auf 299,
      von 54 auf 69,
      von 10,80 auf 13,80.

   b) In Absatz 2 Satz 2 werden die in Deutscher Mark angegebenen Beträge wie folgt erhöht:

   von 3302 auf 3796,
   von 762 auf 876,
   von 152,40 auf 175,20.

4. a) § 850f Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

   „(1) Das Vollstreckungsgericht kann dem Schuldner auf Antrag von dem nach den Bestimmungen der §§ 850c, 850d und 850i pfändbaren Teil seines Arbeitseinkommens einen Teil belassen, wenn

   a) der Schuldner nachweist, daß bei Anwendung der Pfändungsfreigrenzen entsprechend der Anlage 2 zu diesem Gesetz (zu § 850c) der notwendige Lebensunterhalt im Sinne des Abschnitts 2 des Bundessozialhilfegesetzes für sich und für die Personen, denen der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, nicht gedeckt ist,

   b) besondere Bedürfnisse des Schuldners aus persönlichen oder beruflichen Gründen oder

   c) der besondere Umfang der gesetzlichen Unterhaltspflichten des Schuldners, insbesondere die Zahl der Unterhaltsberechtigten dies erfordern

   und überwiegende Belange des Gläubigers nicht entgegenstehen."

   b) In § 850f Abs. 3 Satz 1 und 2 werden die in Deutscher Mark angegebenen Beträge jeweils wie folgt erhöht:

   von 2340 auf 3744,
   von 540 auf 864,
   von 108 auf 172,80.

5. Die Anlage 2 (zu § 850c) der Zivilprozeßordnung erhält die diesem Gesetz als Anlage beigefügte Fassung.

Artikel 2
Übergangsregelung

(1) Eine vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 ausgebrachte Pfändung, die nach den Pfändungsfreigrenzen des bisher geltenden Rechts bemessen worden ist, richtet sich hinsichtlich der Leistungen, die nach dem Inkrafttreten des Artikels 1 fällig werden, nach den neuen Vorschriften. Auf Antrag des Gläubigers, des Schuldners oder des Drittschuldners hat das Vollstreckungsgericht den Pfändungsbeschluß entsprechend zu berichtigen. Der Drittschuldner kann nach dem Inhalt des früheren Pfändungsbeschlusses mit befreiender Wirkung leisten, bis ihm der Berichtigungsbeschluß zugestellt wird.

(2) Soweit die Wirksamkeit einer Verfügung über Arbeitseinkommen davon abhängt, daß die Forderung der Pfändung unterworfen ist, sind die Vorschriften des Artikels 1 auch dann anzuwenden, wenn die Verfügung vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 erfolgt ist. Der Schuldner der Forderung kann nach Maßgabe der bisherigen Vorschriften so lange mit befreiender Wirkung leisten, bis ihm eine entgegenstehende vollstreckbare gerichtliche Entscheidung zugestellt wird oder eine Verzichtserklärung desjenigen zugeht, an den der Schuldner auf Grund dieses Gesetzes weniger als bisher zu leisten hat.

Artikel 3

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am . . . in Kraft.

Anlage 2 (zu § 850 c)

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
bis 1 219,99	—	—	—	—	—	—
1 220,00 bis 1 239,99	7,70	—	—	—	—	—
1 240,00 bis 1 259,99	21,70	—	—	—	—	—
1 260,00 bis 1 279,99	35,70	—	—	—	—	—
1 280,00 bis 1 299,99	49,70	—	—	—	—	—
1 300,00 bis 1 319,99	63,70	—	—	—	—	—
1 320,00 bis 1 339,99	77,70	—	—	—	—	—
1 340,00 bis 1 359,99	91,70	—	—	—	—	—
1 360,00 bis 1 379,99	105,70	—	—	—	—	—
1 380,00 bis 1 399,99	119,70	—	—	—	—	—
1 400,00 bis 1 419,99	133,70	—	—	—	—	—
1 420,00 bis 1 439,99	147,70	—	—	—	—	—
1 440,00 bis 1 459,99	161,70	—	—	—	—	—
1 460,00 bis 1 479,99	175,70	—	—	—	—	—
1 480,00 bis 1 499,99	189,70	—	—	—	—	—
1 500,00 bis 1 519,99	203,70	—	—	—	—	—
1 520,00 bis 1 539,99	217,70	—	—	—	—	—
1 540,00 bis 1 559,99	231,70	—	—	—	—	—
1 560,00 bis 1 579,99	245,70	—	—	—	—	—
1 580,00 bis 1 599,99	259,70	—	—	—	—	—
1 600,00 bis 1 619,99	273,70	—	—	—	—	—
1 620,00 bis 1 639,99	287,70	—	—	—	—	—
1 640,00 bis 1 659,99	301,70	1,00	—	—	—	—
1 660,00 bis 1 679,99	315,70	11,00	—	—	—	—
1 680,00 bis 1 699,99	329,70	21,00	—	—	—	—
1 700,00 bis 1 719,99	343,70	31,00	—	—	—	—
1 720,00 bis 1 739,99	357,70	41,00	—	—	—	—
1 740,00 bis 1 759,99	371,70	51,00	—	—	—	—
1 760,00 bis 1 779,99	385,70	61,00	—	—	—	—
1 780,00 bis 1 799,99	399,70	71,00	—	—	—	—
1 800,00 bis 1 819,99	413,70	81,00	—	—	—	—
1 820,00 bis 1 839,99	427,70	91,00	—	—	—	—
1 840,00 bis 1 859,99	441,70	101,00	—	—	—	—
1 860,00 bis 1 879,99	455,70	111,00	—	—	—	—
1 880,00 bis 1 899,99	469,70	121,00	—	—	—	—
1 900,00 bis 1 919,99	483,70	131,00	—	—	—	—
1 920,00 bis 1 939,99	497,70	141,00	—	—	—	—
1 940,00 bis 1 959,99	511,70	151,00	1,20	—	—	—
1 960,00 bis 1 979,99	525,70	161,00	9,20	—	—	—
1 980,00 bis 1 999,99	539,70	171,00	17,20	—	—	—
2 000,00 bis 2 019,99	553,70	181,00	25,20	—	—	—
2 020,00 bis 2 039,99	567,70	191,00	33,20	—	—	—
2 040,00 bis 2 059,99	581,70	201,00	41,20	—	—	—
2 060,00 bis 2 079,99	595,70	211,00	49,20	—	—	—
2 080,00 bis 2 099,99	609,70	221,00	57,20	—	—	—

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
2 100,00 bis 2 119,99	623,70	231,00	65,20	—	—	—
2 120,00 bis 2 139,99	637,70	241,00	73,20	—	—	—
2 140,00 bis 2 159,99	651,70	251,00	81,20	—	—	—
2 160,00 bis 2 179,99	665,70	261,00	89,20	—	—	—
2 180,00 bis 2 199,99	679,70	271,00	97,20	—	—	—
2 200,00 bis 2 219,99	693,70	281,00	105,20	—	—	—
2 220,00 bis 2 239,99	707,70	291,00	113,20	—	—	—
2 240,00 bis 2 259,99	721,70	301,00	121,20	1,20	—	—
2 260,00 bis 2 279,99	735,70	311,00	129,20	7,20	—	—
2 280,00 bis 2 299,99	749,70	321,00	137,20	13,20	—	—
2 300,00 bis 2 319,99	763,70	331,00	145,20	19,20	—	—
2 320,00 bis 2 339,99	777,70	341,00	153,20	25,20	—	—
2 340,00 bis 2 359,99	791,70	351,00	161,20	31,20	—	—
2 360,00 bis 2 379,99	805,70	361,00	169,20	37,20	—	—
2 380,00 bis 2 399,99	819,70	371,00	177,20	43,20	—	—
2 400,00 bis 2 419,99	833,70	381,00	185,20	49,20	—	—
2 420,00 bis 2 439,99	847,70	391,00	193,20	55,20	—	—
2 440,00 bis 2 459,99	861,70	401,00	201,20	61,20	—	—
2 460,00 bis 2 479,99	875,70	411,00	209,20	67,20	—	—
2 480,00 bis 2 499,99	889,70	421,00	217,20	73,20	—	—
2 500,00 bis 2 519,99	903,70	431,00	225,20	79,20	—	—
2 520,00 bis 2 539,99	917,70	441,00	233,20	85,20	—	—
2 540,00 bis 2 559,99	931,70	451,00	241,20	91,20	1,00	—
2 560,00 bis 2 579,99	945,70	461,00	249,20	97,20	5,00	—
2 580,00 bis 2 599,99	959,70	471,00	257,20	103,20	9,00	—
2 600,00 bis 2 619,99	973,70	481,00	265,20	109,20	13,00	—
2 620,00 bis 2 639,99	987,70	491,00	273,20	115,20	17,00	—
2 640,00 bis 2 659,99	1 001,70	501,00	281,20	121,20	21,00	—
2 660,00 bis 2 679,99	1 015,70	511,00	289,20	127,20	25,00	—
2 680,00 bis 2 699,99	1 029,70	521,00	297,20	133,20	29,00	—
2 700,00 bis 2 719,99	1 043,70	531,00	305,20	139,20	33,00	—
2 720,00 bis 2 739,99	1 057,70	541,00	313,20	145,20	37,00	—
2 740,00 bis 2 759,99	1 071,70	551,00	321,20	151,20	41,00	—
2 760,00 bis 2 779,99	1 085,70	561,00	329,20	157,20	45,00	—
2 780,00 bis 2 799,99	1 099,70	571,00	337,20	163,20	49,00	—
2 800,00 bis 2 819,99	1 113,70	581,00	345,20	169,20	53,00	—
2 820,00 bis 2 839,99	1 127,70	591,00	353,20	175,20	57,00	—
2 840,00 bis 2 859,99	1 141,70	601,00	361,20	181,20	61,00	0,60
2 860,00 bis 2 879,99	1 155,70	611,00	369,20	187,20	65,00	2,60
2 880,00 bis 2 899,99	1 169,70	621,00	377,20	193,20	69,00	4,60
2 900,00 bis 2 919,99	1 183,70	631,00	385,20	199,20	73,00	6,60
2 920,00 bis 2 939,99	1 197,70	641,00	393,20	205,20	77,00	8,60
2 940,00 bis 2 959,99	1 211,70	651,00	401,20	211,20	81,00	10,60
2 960,00 bis 2 979,99	1 225,70	661,00	409,20	217,20	85,00	12,60
2 980,00 bis 2 999,99	1 239,70	671,00	417,20	223,20	89,00	14,60

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht*) für 0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
3 000,00 bis 3 019,99	1 253,70	681,00	425,20	229,20	93,00	16,60
3 020,00 bis 3 039,99	1 267,70	691,00	433,20	235,20	97,00	18,60
3 040,00 bis 3 059,99	1 281,70	701,00	441,20	241,20	101,00	20,60
3 060,00 bis 3 079,99	1 295,70	711,00	449,20	247,20	105,00	22,60
3 080,00 bis 3 099,99	1 309,70	721.00	457,20	253,20	109,00	24,60
3 100,00 bis 3 119,99	1 323,70	731,00	465,20	259,20	113,00	26,60
3 120,00 bis 3 139,99	1 337,70	741,00	473,20	265,20	117,00	28,60
3 140,00 bis 3 159,99	1 351,70	751,00	481,20	271,20	121,00	30,60
3 160,00 bis 3 179,99	1 365,70	761,00	489,20	277,20	125,00	32,60
3 180,00 bis 3 199,99	1 379,70	771,00	497,20	283,20	129,00	34,60
3 200,00 bis 3 219,99	1 393,70	781,00	505,20	289,20	133,00	36,60
3 220,00 bis 3 239,99	1 407,70	791,00	513,20	295,20	137,00	38,60
3 240,00 bis 3 259,99	1 421,70	801,00	521,20	301,20	141,00	40,60
3 260,00 bis 3 279,99	1 435,70	811,00	529,20	307,20	145,00	42,60
3 280,00 bis 3 299,99	1 449,70	821,00	537,20	313,20	149,00	44,60
3 300,00 bis 3 319,99	1 463,70	831,00	545,20	319,20	153,00	46,60
3 320,00 bis 3 339,99	1 477,70	841,00	553,20	325,20	157,00	48,60
3 340,00 bis 3 359,99	1 491,70	851,00	561,20	331,20	161,00	50,60
3 360,00 bis 3 379,99	1 505,70	861,00	569,20	337,20	165,00	52,60
3 380,00 bis 3 399,99	1 519,70	871,00	577,20	343,20	169,00	54,60
3 400,00 bis 3 419,99	1 533,70	881,00	585,20	349,20	173,00	56,60
3 420,00 bis 3 439,99	1 547,70	891,00	593,20	355,20	177,00	58,60
3 440,00 bis 3 459,99	1 561,70	901,00	601,20	361,20	181,00	60,60
3 460,00 bis 3 479,99	1 575,70	911,00	609,20	367,20	185,00	62,60
3 480,00 bis 3 499,99	1 589,70	921,00	617,20	373,20	189,00	64,60
3 500,00 bis 3 519,99	1 603,70	931,00	625,20	379,20	193,00	66,60
3 520,00 bis 3 539,99	1 617,70	941,00	633,20	385,20	197,00	68,60
3 540,00 bis 3 559,99	1 631,70	951,00	641,20	391,20	201,00	70,60
3 560,00 bis 3 579,99	1 645,70	961,00	649,20	397,20	205,00	72,60
3 580,00 bis 3 599,99	1 659,70	971,00	657,20	403,20	209,00	74,60
3 600,00 bis 3 619,99	1 673,70	981,00	665,20	409,20	213,00	76,60
3 620,00 bis 3 639,99	1 687,70	991,00	673,20	415,20	217,00	78,60
3 640,00 bis 3 659,99	1 701,70	1 001,00	681,20	421,20	221,00	80,60
3 660,00 bis 3 679,99	1 715,70	1 011,00	689,20	427,20	225,00	82,60
3 680,00 bis 3 699,99	1 729,70	1 021,00	697,20	433,20	229,00	84,60
3 700,00 bis 3 719,99	1 743,70	1 031,00	705,20	439,20	233,00	86,60
3 720,00 bis 3 739,99	1 757,70	1 041,00	713,20	445,20	237,00	88,60
3 740,00 bis 3 759,99	1 771,70	1 051,00	721,20	451,20	241,00	90,60
3 760,00 bis 3 779,99	1 785,70	1 061,00	729,20	457,20	245,00	92,60
3 780,00 bis 3 796,00	1 799,70	1 071,00	737,20	463,20	249,00	94,60
Der Mehrbetrag über 3 796,00 DM ist voll pfändbar.						

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn wöchentlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
bis 279,99	—	—	—	—	—	—
280,00 bis 284,99	0,70	—	—	—	—	—
285,00 bis 289,99	4,20	—	—	—	—	—
290,00 bis 294,99	7,70	—	—	—	—	—
295,00 bis 299,99	11,20	—	—	—	—	—
300,00 bis 304,99	14,70	—	—	—	—	—
305,00 bis 309,99	18,20	—	—	—	—	—
310,00 bis 314,99	21,70	—	—	—	—	—
315,00 bis 319,99	25,20	—	—	—	—	—
320,00 bis 324,99	28,70	—	—	—	—	—
325,00 bis 329,99	32,20	—	—	—	—	—
330,00 bis 334,99	35,70	—	—	—	—	—
335,00 bis 339,99	39,20	—	—	—	—	—
340,00 bis 344,99	42,70	—	—	—	—	—
345,00 bis 349,99	46,20	—	—	—	—	—
350,00 bis 354,99	49,70	—	—	—	—	—
355,00 bis 359,99	53,20	—	—	—	—	—
360,00 bis 364,99	56,70	—	—	—	—	—
365,00 bis 369,99	60,20	—	—	—	—	—
370,00 bis 374,99	63,70	—	—	—	—	—
375,00 bis 379,99	67,20	—	—	—	—	—
380,00 bis 384,99	70,70	1,00	—	—	—	—
385,00 bis 389,99	74,20	3,50	—	—	—	—
390,00 bis 394,99	77,70	6,00	—	—	—	—
395,00 bis 399,99	81,20	8,50	—	—	—	—
400,00 bis 404,99	84,70	11,00	—	—	—	—
405,00 bis 409,99	88,20	13,50	—	—	—	—
410,00 bis 414,99	91,70	16,00	—	—	—	—
415,00 bis 419,99	95,20	18,50	—	—	—	—
420,00 bis 424,99	98,70	21,00	—	—	—	—
425,00 bis 429,99	102,20	23,50	—	—	—	—
430,00 bis 434,99	105,70	26,00	—	—	—	—
435,00 bis 439,99	109,20	28,50	—	—	—	—
440,00 bis 444,99	112,70	31,00	—	—	—	—
445,00 bis 449,99	116,20	33,50	—	—	—	—
450,00 bis 454,99	119,70	36,00	1,20	—	—	—
455,00 bis 459,99	123,20	38,50	3,20	—	—	—
460,00 bis 464,99	126,70	41,00	5,20	—	—	—
465,00 bis 469,99	130,20	43,50	7,20	—	—	—
470,00 bis 474,99	133,70	46,00	9,20	—	—	—
475,00 bis 479,99	137,20	48,50	11,20	—	—	—
480,00 bis 484,99	140,70	51,00	13,20	—	—	—
485,00 bis 489,99	144,20	53,50	15,20	—	—	—
490,00 bis 494,99	147,70	56,00	17,20	—	—	—
495,00 bis 499,99	151,20	58,50	19,20	—	—	—

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn wöchentlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
500,00 bis 504,99	154,70	61,00	21,20	—	—	—
505,00 bis 509,99	158,20	63,50	23,20	—	—	—
510,00 bis 514,99	161,70	66,00	25,20	—	—	—
515,00 bis 519,99	165,20	68,50	27,20	—	—	—
520,00 bis 524,99	168,70	71,00	29,20	1,20	—	—
525,00 bis 529,99	172,20	73,50	31,20	2,70	—	—
530,00 bis 534,99	175,70	76,00	33,20	4,20	—	—
535,00 bis 539,99	179,20	78,50	35,20	5,70	—	—
540,00 bis 544,99	182,70	81,00	37,20	7,20	—	—
545,00 bis 549,99	186,20	83,50	39,20	8,70	—	—
550,00 bis 554,99	189,70	86,00	41,20	10,20	—	—
555,00 bis 559,99	193,20	88,50	43,20	11,70	—	—
560,00 bis 564,99	196,70	91,00	45,20	13,20	—	—
565,00 bis 569,99	200,20	93,50	47,20	14,70	—	—
570,00 bis 574,99	203,70	96,00	49,20	16,20	—	—
575,00 bis 579,99	207,20	98,50	51,20	17,70	—	—
580,00 bis 584,99	210,70	101,00	53,20	19,20	—	—
585,00 bis 589,99	214,20	103,50	55,20	20,70	—	—
590,00 bis 594,99	217,70	106,00	57,20	22,20	1,00	—
595,00 bis 599,99	221,20	108,50	59,20	23,70	2,00	—
600,00 bis 604,99	224,70	111,00	61,20	25,20	3,00	—
605,00 bis 609,99	228,20	113,50	63,20	26,70	4,00	—
610,00 bis 614,99	231,70	116,00	65,20	28,20	5,00	—
615,00 bis 619,99	235,20	118,50	67,20	29,70	6,00	—
620,00 bis 624,99	238,70	121,00	69,20	31,20	7,00	—
625,00 bis 629,99	242,20	123,50	71,20	32,70	8,00	—
630,00 bis 634,99	245,70	126,00	73,20	34,20	9,00	—
635,00 bis 639,99	249,20	128,50	75,20	35,70	10,00	—
640,00 bis 644,99	252,70	131,00	77,20	37,20	11,00	—
645,00 bis 649,99	256,20	133,50	79,20	38,70	12,00	—
650,00 bis 654,99	259,70	136,00	81,20	40,20	13,00	—
655,00 bis 659,99	263,20	138,50	83,20	41,70	14,00	0,10
660,00 bis 664,99	266,70	141,00	85,20	43,20	15,00	0,60
665,00 bis 669,99	270,20	143,50	87,20	44,70	16,00	1,10
670,00 bis 674,99	273,70	146,00	89,20	46,20	17,00	1,60
675,00 bis 679,99	277,20	148,50	91,20	47,70	18,00	2,10
680,00 bis 684,99	280,70	151,00	93,20	49,20	19,00	2,60
685,00 bis 689,99	284,20	153,50	95,20	50,70	20,00	3,10
690,00 bis 694,99	287,70	156,00	97,20	52,20	21,00	3,60
695,00 bis 699,99	291,20	158,50	99,20	53,70	22,00	4,10
700,00 bis 704,99	294,70	161,00	101,20	55,20	23,00	4,60
705,00 bis 709,99	298,20	163,50	103,20	56,70	24,00	5,10
710,00 bis 714,99	301,70	166,00	105,20	58,20	25,00	5,60
715,00 bis 719,99	305,20	168,50	107,20	59,70	26,00	6,10
720,00 bis 724,99	308,70	171,00	109,20	61,20	27,00	6,60

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn wöchentlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
725,00 bis 729,99	312,20	173,50	111,20	62,70	28,00	7,10
730,00 bis 734,99	315,70	176,00	113,20	64,20	29,00	7,60
735,00 bis 739,99	319,20	178,50	115,20	65,70	30,00	8,10
740,00 bis 744,99	322,70	181,00	117,20	67,20	31,00	8,60
745,00 bis 749,99	326,20	183,50	119,20	68,70	32,00	9,10
750,00 bis 754,99	329,70	186,00	121,20	70,20	33,00	9,60
755,00 bis 759,99	333,20	188,50	123,20	71,70	34,00	10,10
760,00 bis 764,99	336,70	191,00	125,20	73,20	35,00	10,60
765,00 bis 769,99	340,20	193,50	127,20	74,70	36,00	11,10
770,00 bis 774,99	343,70	196,00	129,20	76,20	37,00	11,60
775,00 bis 779,99	347,20	198,50	131,20	77,70	38,00	12,10
780,00 bis 784,99	350,70	201,00	133,20	79,20	39,00	12,60
785,00 bis 789,99	354,20	203,50	135,20	80,70	40,00	13,10
790,00 bis 794,99	357,70	206,00	137,20	82,20	41,00	13,60
795,00 bis 799,99	361,20	208,50	139,20	83,70	42,00	14,10
800,00 bis 804,99	364,70	211,00	141,20	85,20	43,00	14,60
805,00 bis 809,99	368,20	213,50	143,20	86,70	44,00	15,10
810,00 bis 814,99	371,70	216,00	145,20	88,20	45,00	15,60
815,00 bis 819,99	375,20	218,50	147,20	89,70	46,00	16,10
820,00 bis 824,99	378,70	221,00	149,20	91,20	47,00	16,60
825,00 bis 829,99	382,20	223,50	151,20	92,70	48,00	17,10
830,00 bis 834,99	385,70	226,00	153,20	94,20	49,00	17,60
835,00 bis 839,99	389,20	228,50	155,20	95,70	50,00	18,10
840,00 bis 844,99	392,70	231,00	157,20	97,20	51,00	18,60
845,00 bis 849,99	396,20	233,50	159,20	98,70	52,00	19,10
850,00 bis 854,99	399,70	236,00	161,20	100,20	53,00	19,60
855,00 bis 859,99	403,20	238,50	163,20	101,70	54,00	20,10
860,00 bis 864,99	406,70	241,00	165,20	103,20	55,00	20,60
865,00 bis 869,99	410,20	243,50	167,20	104,70	56,00	21,10
870,00 bis 874,99	413,70	246,00	169,20	106,20	57,00	21,60
875,00 bis 876,00	417,20	248,50	171,20	107,70	58,00	22,10
Der Mehrbetrag über 896,00 DM ist voll pfändbar.						

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
bis 55,99	—	—	—	—	—	—
56,00 bis 56,99	0,14	—	—	—	—	—
57,00 bis 57,99	0,84	—	—	—	—	—
58,00 bis 58,99	1,54	—	—	—	—	—
59,00 bis 59,99	2,24	—	—	—	—	—
60,00 bis 60,99	2,94	—	—	—	—	—
61,00 bis 61,99	3,64	—	—	—	—	—
62,00 bis 62,99	4,34	—	—	—	—	—
63,00 bis 63,99	5,04	—	—	—	—	—
64,00 bis 64,99	5,74	—	—	—	—	—
65,00 bis 65,99	6,44	—	—	—	—	—
66,00 bis 66,99	7,14	—	—	—	—	—
67,00 bis 67,99	7,84	—	—	—	—	—
68,00 bis 68,99	8,54	—	—	—	—	—
69,00 bis 69,99	9,24	—	—	—	—	—
70,00 bis 70,99	9,94	—	—	—	—	—
71,00 bis 71,99	10,64	—	—	—	—	—
72,00 bis 72,99	11,34	—	—	—	—	—
73,00 bis 73,99	12,04	—	—	—	—	—
74,00 bis 74,99	12,74	—	—	—	—	—
75,00 bis 75,99	13,44	—	—	—	—	—
76,00 bis 76,99	14,14	0,20	—	—	—	—
77,00 bis 77,99	14,84	0,70	—	—	—	—
78,00 bis 78,99	15,54	1,20	—	—	—	—
79,00 bis 79,99	16,24	1,70	—	—	—	—
80,00 bis 80,99	16,94	2,20	—	—	—	—
81,00 bis 81,99	17,64	2,70	—	—	—	—
82,00 bis 82,99	18,34	3,20	—	—	—	—
83,00 bis 83,99	19,04	3,70	—	—	—	—
84,00 bis 84,99	19,74	4,20	—	—	—	—
85,00 bis 85,99	20,44	4,70	—	—	—	—
86,00 bis 86,99	21,14	5,20	—	—	—	—
87,00 bis 87,99	21,84	5,70	—	—	—	—
88,00 bis 88,99	22,54	6,20	—	—	—	—
89,00 bis 89,99	23,24	6,70	—	—	—	—
90,00 bis 90,99	23,94	7,20	0,24	—	—	—
91,00 bis 91,99	24,64	7,70	0,64	—	—	—
92,00 bis 92,99	25,34	8,20	1,04	—	—	—
93,00 bis 93,99	26,04	8,70	1,44	—	—	—
94,00 bis 94,99	26,74	9,20	1,84	—	—	—
95,00 bis 95,99	27,44	9,70	2,24	—	—	—
96,00 bis 96,99	28,14	10,20	2,64	—	—	—
97,00 bis 97,99	28,84	10,70	3,04	—	—	—
98,00 bis 98,99	29,54	11,20	3,44	—	—	—
99,00 bis 99,99	30,24	11,70	3,84	—	—	—

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
100,00 bis 100,99	30,94	12,20	4,24	—	—	—
101,00 bis 101,99	31,64	12,70	4,64	—	—	—
102,00 bis 102,99	32,34	13,20	5,04	—	—	—
103,00 bis 103,99	33,04	13,70	5,44	—	—	—
104,00 bis 104,99	33,74	14,20	5,84	0,24	—	—
105,00 bis 105,99	34,44	14,70	6,24	0,54	—	—
106,00 bis 106,99	35,14	15,20	6,64	0,84	—	—
107,00 bis 107,99	35,84	15,70	7,04	1,14	—	—
108,00 bis 108,99	36,54	16,20	7,44	1,44	—	—
109,00 bis 109,99	37,24	16,70	7,84	1,74	—	—
110,00 bis 110,99	37,94	17,20	8,24	2,04	—	—
111,00 bis 111,99	38,64	17,70	8,64	2,34	—	—
112,00 bis 112,99	39,34	18,20	9,04	2,64	—	—
113,00 bis 113,99	40,04	18,70	9,44	2,94	—	—
114,00 bis 114,99	40,74	19,20	9,84	3,24	—	—
115,00 bis 115,99	41,44	19,70	10,24	3,54	—	—
116,00 bis 116,99	42,14	20,20	10,64	3,84	—	—
117,00 bis 117,99	42,84	20,70	11,04	4,14	—	—
118,00 bis 118,99	43,54	21,20	11,44	4,44	0,20	—
119,00 bis 119,99	44,24	21,70	11,84	4,74	0,40	—
120,00 bis 120,99	44,94	22,20	12,24	5,04	0,60	—
121,00 bis 121,99	45,64	22,70	12,64	5,34	0,80	—
122,00 bis 122,99	46,34	23,20	13,04	5,64	1,00	—
123,00 bis 123,99	47,04	23,70	13,44	5,94	1,20	—
124,00 bis 124,99	47,74	24,20	13,84	6,24	1,40	—
125,00 bis 125,99	48,44	24,70	14,24	6,54	1,60	—
126,00 bis 126,99	49,14	25,20	14,64	6,84	1,80	—
127,00 bis 127,99	49,84	25,70	15,04	7,14	2,00	—
128,00 bis 128,99	50,54	26,20	15,44	7,44	2,20	—
129,00 bis 129,99	51,24	26,70	15,84	7,74	2,40	—
130,00 bis 130,99	51,94	27,20	16,24	8,04	2,60	—
131,00 bis 131,99	52,64	27,70	16,64	8,34	2,80	0,02
132,00 bis 132,99	53,34	28,20	17,04	8,64	3,00	0,12
133,00 bis 133,99	54,04	28,70	17,44	8,94	3,20	0,22
134,00 bis 134,99	54,74	29,20	17,84	9,24	3,40	0,32
135,00 bis 135,99	55,44	29,70	18,24	9,54	3,60	0,42
136,00 bis 136,99	56,14	30,20	18,64	9,84	3,80	0,52
137,00 bis 137,99	56,84	30,70	19,04	10,14	4,00	0,62
138,00 bis 138,99	57,54	31,20	19,44	10,44	4,20	0,72
139,00 bis 139,99	58,24	31,70	19,84	10,74	4,40	0,82
140,00 bis 140,99	58,94	32,20	20,24	11,04	4,60	0,92
141,00 bis 141,99	59,64	32,70	20,64	11,34	4,80	1,02
142,00 bis 142,99	60,34	33,20	21,04	11,64	5,00	1,12
143,00 bis 143,99	61,04	33,70	21,44	11,94	5,20	1,22
144,00 bis 144,99	61,74	34,20	21,84	12,24	5,40	1,32

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht *) für					
	0	1	2	3	4	5 und mehr Personen
	in DM					
145,00 bis 145,99	62,44	34,70	22,24	12,54	5,60	1,42
146,00 bis 146,99	63,14	35,20	22,64	12,84	5,80	1,52
147,00 bis 147,99	63,84	35,70	23,04	13,14	6,00	1,62
148,00 bis 148,99	64,54	36,20	23,44	13,44	6,20	1,72
149,00 bis 149,99	65,24	36,70	23,84	13,74	6,40	1,82
150,00 bis 150,99	65,94	37,20	24,24	14,04	6,60	1,92
151,00 bis 151,99	66,64	37,70	24,64	14,34	6,80	2,02
152,00 bis 152,99	67,34	38,20	25,04	14,64	7,00	2,12
153,00 bis 153,99	68,04	38,70	25,44	14,94	7,20	2,22
154,00 bis 154,99	68,74	39,20	25,84	15,24	7,40	2,32
155,00 bis 155,99	69,44	39,70	26,24	15,54	7,60	2,42
156,00 bis 156,99	70,14	40,20	26,64	15,84	7,80	2,52
157,00 bis 157,99	70,84	40,70	27,04	16,14	8,00	2,62
158,00 bis 158,99	71,54	41,20	27,44	16,44	8,20	2,72
159,00 bis 159,99	72,24	41,70	27,84	16,74	8,40	2,82
160,00 bis 160,99	72,94	42,20	28,24	17,04	8,60	2,92
161,00 bis 161,99	73,64	42,70	28,64	17,34	8,80	3,02
162,00 bis 162,99	74,34	43,20	29,04	17,64	9,00	3,12
163,00 bis 163,99	75,04	43,70	29,44	17,94	9,20	3,22
164,00 bis 164,99	75,74	44,20	29,84	18,24	9,40	3,32
165,00 bis 165,99	76,44	44,70	30,24	18,54	9,60	3,42
166,00 bis 166,99	77,14	45,20	30,64	18,84	9,80	3,52
167,00 bis 167,99	77,84	45,70	31,04	19,14	10,00	3,62
168,00 bis 168,99	78,54	46,20	31,44	19,44	10,20	3,72
169,00 bis 169,99	79,24	46,70	31,84	19,74	10,40	3,82
170,00 bis 170,99	79,94	47,20	32,24	20,04	10,60	3,92
171,00 bis 171,99	80,64	47,70	32,64	20,34	10,80	4,02
172,00 bis 172,99	81,34	48,20	33,04	20,64	11,00	4,12
173,00 bis 173,99	82,04	48,70	33,44	20,94	11,20	4,22
174,00 bis 174,99	82,74	49,20	33,84	21,24	11,40	4,32
175,00 bis 175,20	83,44	49,70	34,24	21,54	11,60	4,42
Der Mehrbetrag über 175,20 DM ist voll pfändbar.						

*) Zu berücksichtigen sind Unterhaltsleistungen des Schuldners gegenüber seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder der Mutter eines nichtehelichen Kindes nach §§ 1615 l, 1615 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Begründung

A. Allgemeines

Der Entwurf sieht vor, die Pfändungsfreibeträge, die einem Schuldner bei der Zwangsvollstreckung in sein Arbeitseinkommen verbleiben, veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Zugleich wird die Möglichkeit geschaffen, daß ein Absinken der Pfändungsfreigrenzen unter den Sozialhilfebedarf des Schuldners verhindert werden kann. Die Sozialhilfeträger sollen dadurch dauerhaft entlastet werden.

Die Pfändungsfreibeträge sind zuletzt durch das Fünfte Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 8. März 1984 (Bundesgesetzblatt I, Seite 364) mit Wirkung zum 1. April 1984 angehoben worden. Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes belief sich der Preisindex für die Lebenshaltung der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (1980 = 100) auf der Basis für das Fünfte Änderungsgesetz im Juni 1983 auf 115,5 (Bundesanzeiger Nr. 23 vom 2. Februar 1989) und im Mai 1990 auf 128,5 (Bundesanzeiger Nr. 113 vom 22. Juni 1990). Der Index ist somit von Juni 1983 bis Mai 1990 um 13 Punkte = rund 11,3 % gestiegen.

Außerdem ist der durchschnittliche Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz — am Beispiel eines Alleinstehenden — von 345 DM seit dem Stand Juli 1983, dem letzten Stand vor Inkrafttreten des Fünften Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen, (vgl. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1983, S. 194) auf 425 DM (Stand Juli 1989) angehoben worden (vgl. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1989, S. 253). Diese Steigerung beträgt rund 23,2 %. Zum 1. Juli 1990 ist der Regelsatz des Alleinstehenden bundesdurchschnittlich um weitere 5,2 % auf 447 DM angehoben worden.

Darüber hinaus ist die durchschnittliche Bedarfsschwelle für Schuldner insbesondere durch die gestiegenen Aufwendungen für die Wohnung — besonders in Ballungsgebieten — überdurchschnittlich gestiegen. Auch im Hinblick darauf hat das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die durchschnittliche Bedarfsschwelle der Hilfebedürftigkeit gemäß Abschnitt 2 des Bundessozialhilfegesetzes (§§ 11 ff.) für einen Alleinstehenden bei 1 080 DM (Stand August 1989) errechnet. Nach von Sozialhilfegesichtspunkten losgelösten anderweitigen Berechnungen verbleibt ein Mindestbedarf von etwa 950 DM für einen Alleinstehenden. Die vorhandene Deckungslücke belastet insbesondere die Schuldner, die ein geringes Arbeitseinkommen beziehen. Ihnen verbleiben im Falle der Vollstreckung in ihr Arbeitseinkommen nach den Pfändungsfreigrenzen des geltenden Rechts nicht genügend Mittel, um den Lebensunterhalt für sich und die Personen zu bestreiten, denen gegenüber sie unterhaltspflichtig sind. Mögliche Folge ist die Inanspruchnahme der Sozialhilfeträger. Auf diese Weise kommt der Steuerzahler indirekt für private Verbindlichkeiten auf.

Deshalb müssen die Pfändungsfreigrenzen deutlich angehoben werden. Es ist jedoch abzusehen, daß die Sozialhilfesätze und die Mietkosten für eine angemessene Wohnung weiter steigen werden. Um für die Zukunft längerfristig soziale Gerechtigkeit im Bereich der Pfändungsfreigrenzen zu bewirken, reicht daher allein die Deckung des Nachholbedarfes nicht aus. Vielmehr kann eine dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger nur bewirkt werden, wenn die Pfändungsfreigrenzen nicht alsbald erneut unter den Sozialhilfebedarf des Schuldners absinken und wenn für besondere Einzelfälle eine entsprechende Korrekturmöglichkeit geschaffen wird. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, in noch verbleibenden Einzelfällen ein Absinken des nach Pfändung verbleibenden Einkommens unter den jeweils geltenden, regional differenzierten Sozialhilfebedarf durch eine vom Schuldner zu beantragende Entscheidung des Vollstreckungsgerichtes zu verhindern.

Kosten entstehen für Bund, Länder und Gemeinden nicht. Eventuelle Ausfälle der Vollstreckungsbehörden der öffentlichen Hand müssen hingenommen werden. Eine dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger wird erwartet. Durch Einschränkung der bestehenden Pfändungsrahmen entstehen für die betroffene Wirtschaft kurzfristig höhere betriebliche Belastungen durch Ausfälle; sie wird versuchen, diese je nach Wettbewerbslage durch Preiserhöhungen zu überwälzen. Deren Umfang läßt sich im Vorhinein nicht quantifizieren; er dürfte im wesentlichen aber auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Deswegen werden keine meßbaren Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, erwartet.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Artikel 1 sieht vor, daß die in der Zivilprozeßordnung zahlenmäßig festgesetzten Pfändungsfreibeträge für Arbeitseinkommen an die wirtschaftliche Entwicklung sowie an die Entwicklung der Sozialhilfeleistungen seit 1983, der Basis der letzten Pfändungsfreigrenzenänderung, angepaßt werden. Außerdem wird die Möglichkeit geschaffen, daß auf Antrag des Schuldners verhindert werden kann, daß das ihm nach Pfändung verbleibende Arbeitseinkommen unter seinen Sozialhilfebedarf absinkt.

Zu Nummer 1

Nach § 850a Nr. 4 sind Weihnachtsvergütungen bis zum Betrage der Hälfte des monatlichen Arbeitseinkommens, höchstens aber bis zum Betrage von 470 DM, unpfändbar. Etwa entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von bisher rund 11,3 % sowie im Hinblick auf weiter zu erwartende Steigerungen der Lebenshaltungskosten soll der Höchstbetrag um 15 % auf 540 DM angehoben werden.

Zu Nummer 2

Nach § 850b Abs. 1 Nr. 4 sind unpfändbar die Ansprüche aus Lebensversicherungen, die nur auf den Todesfall des Versicherungsnehmers abgeschlossen sind, wenn die Versicherungssumme 3 600 DM nicht übersteigt. Etwa entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von bisher rund 11,3 % sowie im Hinblick auf weiter zu erwartende Steigerungen der Lebenshaltungskosten soll der Höchstbetrag um 15 % auf 4 140 DM angehoben werden.

Zu Nummer 3

Durch die Änderungen des § 850c Abs. 1 und 2 sollen die Pfändungsfreibeträge für das laufende Arbeitseinkommen der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere wegen der gestiegenen Wohnraumkosten, angepaßt werden. Dies soll durch eine Anhebung der Freibeträge auch unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Leistungen der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt erfolgen, wobei voraussehbare zukünftige Entwicklungen mitberücksichtigt werden sollen.

a) In Absatz 1 sollen die pfändungsfreien Grundbeträge angehoben werden.

   Diese Grundbeträge sollen für einen Schuldner, der keine Unterhaltspflicht erfüllt, bei einem monatlich zahlbaren Arbeitseinkommen von 754 auf 1 209 DM, bei einem wöchentlich zahlbaren Arbeitseinkommen von 174 auf 279 DM und bei einem täglich zahlbaren Arbeitseinkommen von 34,80 auf 55,80 DM erhöht werden (Änderungen des Satzes 1). Die neuen Beträge berücksichtigen die aktuellen Entwicklungen des Sozialhilfebedarfs des Schuldners (Regelsatz, Mehrbedarf für Erwerbstätige gemäß § 23 Bundessozialhilfegesetz) und die Entwicklung der Wohnraumkosten. Der neue Grundfreibetrag für einen Alleinstehenden liegt damit auf der Basis der Berechnungen des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Stand August 1989) um 129 DM (= 11,9 %) über der Hilfebedürftigkeitsgrenze gemäß Abschnitt 2 des Bundessozialhilfegesetzes. Dieser Abstand hat sich infolge der Anhebung des Regelsatzes für den Alleinstehenden zum 1. Juli 1990 bundesdurchschnittlich um 33,85 DM verringert. Durch die vorgesehene Anhebung wird vermieden, daß alsbald erneut die derzeitige Problematik der Unterschreitung der Sozialhilfesätze durch zu niedrige Pfändungsfreigrenzen auftritt.

   Durch die Änderungen des Satzes 2 sollen die pfändungsfreien Grundbeträge, die bei gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners zu den in Satz 1 bezeichneten Beträgen hinzukommen, erhöht werden. Dem Schuldner sollen für die erste Person, der er aufgrund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt, statt 338 monatlich 429 DM, statt 78 wöchentlich 99 DM und statt 15,60 täglich 19,80 DM sowie für die zweite bis fünfte Person je statt 234 monatlich 299 DM, statt 54 wöchentlich 69 DM und statt 10,80 täglich 13,80 DM verbleiben.

   Auch bei diesen Erhöhungen wird die Anhebung der Sozialhilfeleistungen berücksichtigt. Für die Bemessung der erhöhten Freibeträge ist ferner maßgeblich, daß die Aufwendungen für die Wohnung regelmäßig höher liegen, wenn im Haushalt mehrere Personen leben. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Unterhaltsberechtigten — neben der Ehefrau — meist Kinder sind, für die Kindergeld gezahlt wird.

   Der Gesamtbetrag, auf den sich der pfändungsfreie Grundbetrag unter Berücksichtigung von Unterhaltspflichten künftig belaufen wird, erhöht sich hiernach bei monatlich zahlbarem Arbeitseinkommen von 2 028 auf 2 834 DM, bei wöchentlich zahlbarem Arbeitseinkommen von 468 auf 654 DM und bei täglich zahlbarem Arbeitseinkommen von 93,60 auf 130,80 DM.

   Sollten die jeweiligen Freibeträge des § 850c die Sozialhilfebedürftigkeit des Schuldners ausnahmsweise nicht verhindern, besteht nach § 850f Abs. 1 die mit diesem Gesetz erweiterte Möglichkeit, eine Regelung zu treffen, die dem Einzelfall gerecht wird.

b) Die in Absatz 2 Satz 2 festgesetzten Höchstbeträge des Arbeitseinkommens, bis zu denen Pfändungsschutz gewährt wird, sollen um etwa 15 % angehoben werden, nämlich von monatlich 3 302 auf 3 796 DM, von wöchentlich 762 auf 876 DM und von täglich 152,40 auf 175,20 DM.

Zu Nummer 4

a) § 850f Abs. 1 soll durch die im neuen Buchstaben a vorgeschlagene Regelung dem Schuldner die Möglichkeit geben, durch einen eigenen Antrag beim Vollstreckungsgericht zu verhindern, daß das nach der Pfändung verbleibende Resteinkommen unter den Sozialhilfebedarf des Schuldners absinkt. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Schuldner regelmäßig diesen Nachweis durch Vorlage einer Bescheinigung des örtlich zuständigen Sozialamtes erbringen kann, weil die örtlichen Sozialbehörden die regional unterschiedlichen Bedarfssätze am besten ermitteln können. Damit würde die Unsicherheit beseitigt, die nach der jet-

zigen Rechtslage besteht; denn nicht alle Gerichte folgen der Auffassung der Oberlandesgerichte Stuttgart (NJW Rechtsprechungsreport 1987, S. 758) und Köln (Familienrechtszeitung 1989, S. 996), wonach dem Schuldner nach der Pfändung bereits aufgrund der Härteklausel des geltenden § 850f Abs. 1a mindestens so viel verbleiben muß, wie die Sozialhilfe im Bedarfsfalle gewähren würde. Durch die beabsichtigte gesetzliche Festschreibung wäre für die Vollstreckungsgerichte eine ausdrückliche Entscheidungsgrundlage geschaffen, mit deren Hilfe grundsätzlich im Einzelfall ein Absinken der Pfändungsfreigrenzen unter die Sozialhilfebedürftigkeitsschwelle verhindert werden könnte. Auf diese Weise würde ein Eintreten der Sozialhilfeträger vermieden und die staatliche indirekte Finanzierung von privaten Schulden beseitigt werden.

b) Die Antragsgrenze des § 850f Abs. 3 Satz 1 und 2 soll in Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung jeweils entsprechend der Steigerung der pfändungsfreien Grundbeträge von 2 340 monatlich auf 3 744 DM, von 540 wöchentlich auf 864 DM und von 108 täglich auf 172,80 DM angehoben werden. Diese Erhöhungen tragen der vorgesehenen Neufestsetzung der Gesamtfreibeträge des § 850c Abs. 1 Satz 2 Rechnung.

Zu Nummer 5

Die neue Tabelle zu § 850c Abs. 3 entspricht den unter Nummer 3 vorgesehenen Änderungen der Pfändungsfreigrenzen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die erforderliche Übergangsregelung.

Nach Absatz 1 Satz 1 soll die Beschränkung der früheren Pfändungen ohne weiteres eintreten. Im Interesse der Rechtssicherheit soll nach Absatz 1 Satz 2 der neue Umfang der Pfändung jedoch auf Antrag von dem Vollstreckungsgericht ausgesprochen werden. Durch die in Absatz 1 Satz 3 vorgesehene Regelung soll der Drittschuldner geschützt werden.

Absatz 2 sieht eine dem Absatz 1 entsprechende Regelung für die Wirksamkeit rechtsgeschäftlicher Verfügungen aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 vor.

Die vorgesehene Übergangsregelung entspricht der des Fünften Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen. Diese Regelung hat sich bewährt. Für die neu vorgesehene Antragsmöglichkeit des Schuldners gemäß § 850f Abs. 1a bedarf es keiner besonderen Übergangsregelung.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Als Zeitpunkt für die Einführung der neuen Pfändungsfreigrenzen empfiehlt sich der Beginn eines Kalendermonats. Ein angemessener zeitlicher Abstand zwischen der Verkündung des Gesetzes und dem Wirksamwerden der neuen Pfändungsgrenzen sollte die Umstellung auf ihre Anwendung erleichtern.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333